

BYE BYE HARTZ IV

HALLO BÜRGER GELD

**Das Bürgergeld:
Gute Arbeit statt
Aushilfsjobs**

SEITE 6

**Ein Jahr Ampel:
Highlights und
beste Momente**

SEITE 16

**Wie wir Energie
bezahlbar
machen**

SEITE 22

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion
Verantwortlich: Josephine Ortleb MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin

Redaktion: Flora Wisdorff
Redaktionsschluss: 16. Dezember 2022

Redaktionsanschrift: SPD-Bundestagsfraktion Öffentlichkeitsarbeit
Platz der Republik 1 · 11011 Berlin
Telefon: 030 227-513 34 Telefax: 030 227-568 00
redaktion@spdfraktion.de · www.spdfraktion.de

Layout: Dominique Mayer, Berlin
Druck: Möller Druck und Verlag GmbH, Berlin

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information.
Sie darf während eines Wahlkampfes nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

Abbildungen:
photothek.net (S. 3, S.17- 21), picture alliance | photothek/Janine Schmitz (S. 5, 10, 11, 13, 14)



KATJA MAST MDB

Die Ampel bringt das Land nach vorn

Die Koalition von SPD, Grünen und FDP ist vor einem Jahr angetreten mit dem Ziel, Deutschland zu modernisieren, die soziale Marktwirtschaft klimafreundlich zu gestalten sowie Respekt und Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken. Über 100 Gesetze sind in diesem ersten Ampeljahr auf den Weg gebracht worden.

Wir haben nicht nur den bedeutendsten Umbau des Energiesektors seit Jahrzehnten beschlossen, sondern auch die Transformation unseres Landes zu einem wettbewerbsfähigen und klimaneutralen Industrieland vorangebracht. Zugleich sorgen wir für Stabilität und Sicherheit in Krisenzeiten mit den größten Entlastungspaketen in der Geschichte unseres Landes.

Mehr als alles andere hat die Zeitenwende, die durch den russischen Angriffskrieg ausgelöst wurde, dieses erste Amtsjahr der Ampel-Koalition geprägt. Wir hatten den Mut, mit der Strom- und Gaspreisbremse systematisch in den Energiemarkt einzugreifen, um die Preise zu stabilisieren. Und wir haben die Energieversorgung gesichert. Deutschland ist jetzt winterfest. Das zeigt: Wir sind eine Koalition der Tat. Wir entscheiden und gestalten.

Die Ampel funktioniert, denn uns eint der Antrieb, unser Land nach vorn zu bringen. In der vorigen Legislaturperiode hat die SPD mit CDU und CSU koalitiert. Wir mussten mit Partnern verhandeln, die nicht viel verändern wollten. Zum Beispiel hat sich die Union bis zuletzt der Tatsache verweigert, dass nur durch den konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien eine gute Zukunft möglich ist.

Die Lage hat sich geändert. Es ist ein großer Unterschied, dass die Regierung jetzt von drei Fraktionen getragen wird, die einen festen Blick in die Zukunft haben, die Herausforderungen der Zeit annehmen und nach Lösungen suchen.

Die SPD-Fraktion im Bundestag als stärkste Fraktion hat die Politik des Ampel-Bündnisses besonders stark geprägt. Die Bürger:innen und der Zusammenhalt stehen dabei im Mittelpunkt. Denn Akzeptanz für Fortschritt gibt es nur mit Sicherheit. Wir setzen uns beispielsweise mit der Erhöhung des Mindestlohns für diejenigen ein, die mit ihrer täglichen Arbeit unser Land am Laufen halten. Wir wissen: Je geringer das Einkommen ist, desto schwieriger ist der Umgang mit der

steigenden Inflation. Darum entlasten wir hier gezielt, auch über den Mindestlohn hinaus. Und klar ist, wir werden auch Tariflöhne stärken.

Mit dem neuen Bürgergeld setzen wir auf gute Arbeit statt auf Hilfsjobs, auf mehr Respekt im Sozialstaat. Durch die Stärkung von Aus- und Weiterbildung ebnen wir den Weg dahin.

Aber auch gesellschaftspolitisch geht es mit der Ampel voran: Die Abschaffung des Paragraphen 219a im Strafgesetzbuch etwa stärkt die Selbstbestimmung der Frau, und das Chancen-Aufenthaltsrecht ermöglicht gut integrierten Menschen eine Bleibeperspektive. Das ist wichtig für die Betroffenen und wichtig für viele Arbeitgeber:innen etwa im Handwerk oder in der Pflege.

Auch im kommenden Jahr stehen wir vor großen Herausforderungen. Umso mehr gilt es, die eingeschlagene Politik des Fortschritts konsequent weiterzuführen.

Eure und Ihre Katja Mast

Gute Arbeit

statt Aushilfsjobs

Neustart: Mit der Einführung des Bürgergelds ist Hartz IV Geschichte. Der Systemwechsel bringt einen Kulturwandel, der für bessere und langfristige Vermittlung in Arbeit, mehr Vertrauen und mehr Respekt steht.

22 GAS- UND STROMPREISBREMSE

Bezahlbare Energie

Damit alle gut durch den Winter kommen, werden Preisbremsen für Strom, Gas und Wärme eingeführt. Die wichtigsten Fragen und Antworten.

10 INTERVIEW



» Diese Koalition steht für Veränderung

Fraktionschef *Rolf Mützenich* über das erste Regierungsjahr und die Rolle von Olaf Scholz in der neuen Weltpolitik.

16 BILANZ

Best of Ampel

In ihrem ersten Jahr hat die Ampel-Koalition viel geleistet. Unsere Highlights – und welche besonderen Momente unsere Abgeordneten erlebt haben.



Gute Arbeit statt Aushilfsjobs

Neustart: Mit der Einführung des Bürgergelds ist Hartz IV Geschichte. Der Systemwechsel bringt einen Kulturwandel, der für bessere und langfristige Vermittlung in Arbeit, mehr Vertrauen und mehr Respekt steht.

Ab dem 1.1.2023 wird das neue Bürgergeld die alte Grundsicherung ersetzen. Damit vollzieht sich 20 Jahre, nachdem die Hartz-Kommission ihren Bericht zur Arbeitsmarktreform vorlegte, ein fundamentaler Wandel des Sozialstaats.

Mit der Reform reagiert die Ampel-Koalition auf weitreichende Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt: Bei der Einführung der Hartz-Reformen fehlte es an Arbeitsplätzen, heute fehlen Arbeits- und Fachkräfte. Das Bürgergeld leistet einen Beitrag zur Fachkräftesicherung, indem es auf Qualifizierung setzt.

Gute Arbeit statt Hilfsjobs

Das Bürgergeld sorgt für ordentliche Arbeit statt Hilfsjobs. Das Ziel ist die Vermittlung in gute, ordentlich bezahlte und langfristige Arbeitsverhältnisse.

Aus- und Weiterbildung sind der Königsweg zurück auf den Arbeitsmarkt. Viele der Langzeitarbeitslosen haben keine abgeschlossene Ausbildung. Durch mehr und bessere Weiterbildung – beispielsweise durch das Nachholen eines Abschlusses – können sie so nachhaltig in Arbeit gebracht werden.

Denn: Mit dem Bürgergeld entfällt der Vermittlungsvorrang. Dieser hat oft dazu geführt, dass Arbeitslose für nur wenige Monate in Hilfsjobs vermittelt und in der Folge schnell wieder arbeitslos wurden.

Deswegen soll mit dem Bürgergeld auch die berufliche Weiterbildung stärker gefördert werden: Wer sich für eine Ausbildung oder Umschulung entscheidet, wird

intensiver unterstützt. Der Grundsatz „Ausbildung vor Aushilfsjob“ steht künftig im Mittelpunkt. Teilnehmende an einer berufsabschlussbezogenen Weiterbildung bekommen ein monatliches Weiterbildungsgeld in Höhe von 150 Euro.

Wenn Leistungsberechtigte an einer Maßnahme teilnehmen, die für eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt besonders wichtig ist, erhalten sie einen Bürgergeld-Bonus von 75 Euro.

Junge Menschen werden gestärkt: Anlässlich der Einführung des Bürgergeldes werden die Absetzbeträge vom Einkommen für Schüler:innen, Studierende und Auszubildende erhöht, damit sie die Erfahrung machen können, dass sich eine Arbeitsaufnahme auszahlt. Schüler:innen dürfen künftig ihren Verdienst aus einem Ferienjob komplett behalten.

Damit werden die Chancen für Kinder und Jugendliche verbessert und die Ungleichheit zwischen Kindern und Jugendlichen aus hilfebedürftigen Familien und solchen, die es nicht sind, verringert. Gleichzeitig wird insbesondere für Studierende und Auszubildende ein Anreiz zur Aufnahme beziehungsweise zum Aufrechterhalten einer Beschäftigung erhöht.

Wer zwischen 520 und 1.000 Euro verdient, soll künftig mehr von seinem Einkommen behalten können. Die Freibeträge in diesem Bereich werden auf 30 Prozent

angehoben. Damit steigt der Anreiz zur Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung oberhalb der Geringfügigkeitsgrenze. Weitere Verbesserungen in diesem Bereich erfolgen mit dem zweiten Bürgergeldpaket im kommenden Jahr.

Die Regelung zur Förderung für den sozialen Arbeitsmarkt wird zudem entfristet. Ziel dieser Förderung ist es, besonders arbeitsmarktfernen Menschen soziale Teilhabe durch längerfristige öffentlich geförderte Beschäftigung zu ermöglichen und dann Übergänge in nicht geförderte Beschäftigung zu erreichen. Bislang ist die Regelung bis zum 31. Dezember 2024 befristet.

Mehr Respekt, weniger harte Sanktionen

Das Bürgergeld sorgt für mehr Respekt im Sozialstaat – es wird auf partnerschaftliche Augenhöhe zwischen Staat und Bürger:innen gesetzt, unwürdige und überharte Sanktionen werden abgeschafft.

Zum ersten Gespräch im Jobcenter wird ohne Rechtsfolgenbelehrung eingeladen. Wenn der Kunde zum Termin erscheint, soll dieses Vorgehen beibehalten werden. Es bleibt also bei der neuen Vertrauenskultur von Beginn an.

Bei der ersten Pflichtverletzung hingegen mindert sich der Regelbedarf um 10 Prozent, bei der zweiten Pflichtverletzung um 20 Prozent, und ab der dritten um 30 Prozent. Der Minderungszeitraum beträgt einen, zwei bzw. jeweils drei Monate. Die Übernahme der Unterkunftskosten ist von etwaigen Sanktionen ausgenommen.

Früher war es hingegen so, dass das Arbeitslosengeld II und die Übernahme der Wohnkosten komplett gestrichen werden konnten. Weiter konnten Sanktionen anders als beim Bürgergeld nicht vorzeitig zurückgenommen werden. Auf die Besonderheiten des Einzelfalls konnte nicht vernünftig eingegangen werden.

Auch gibt es für Jüngere bis 25 Jahre keine härteren Sanktionsregeln mehr.

Neue Vertrauenskultur

In der sogenannten Karenzzeit werden die Wohnung sowie die Ersparnisse ein Jahr lang geschützt. Niemand muss sich also Sorgen machen, dass er beispielsweise nach Auslaufen des Anspruchs auf Arbeitslosengeld durch die Arbeitslosenversicherung sofort sein Ersparnis aufbrauchen und die vertraute Wohnung aufgeben muss.

Konkret heißt das: In der Karenzzeit werden ein Jahr lang die tatsächlichen Kosten für die Unterkunft und die angemessenen Heizkosten übernommen. Und das Ersparte muss nicht aufgebraucht werden – sofern es sich nicht um erhebliches Vermögen handelt. Als erheblich gelten 40.000 Euro für die leistungsberechtigte Person und 15.000 Euro für jede weitere Person in der Bedarfsgemeinschaft.

Damit steht die Suche nach einem neuen Arbeitsplatz im Vordergrund und nicht die Angst vor dem Verlust der Wohnung.

Versicherungsverträge, die der Alterssicherung dienen, sind nicht als Vermögen zu berücksichtigen. Das gilt auch für andere Formen der Altersvorsorge, wenn sie nach Bundesrecht als Altersvorsorge gefördert werden, und weitere Vermögensgegenstände. Auch hier wird der Lebensleistung der Menschen mehr Respekt entgegengebracht als bisher.

Das Bürgergeld gibt den Menschen, die ihren Job verlieren, also Sicherheit, statt sich nach Ende des Arbeitslosengelds mit Verlustängsten plagen zu müssen. Sie können sich darauf konzentrieren, wieder Fuß auf dem Arbeitsmarkt zu fassen und ihre Qualifikation zu verbessern.

Der Mensch im Mittelpunkt

Mit dem Bürgergeld wird das Versprechen unseres Sozialstaates erneuert: Er sorgt für Schutz und Chancen auch in schwierigen Lebenslagen – verlässlich, solidarisch, individuell.

Der Mensch und seine persönliche Lebenssituation

stehen im Mittelpunkt. Die bisherige schwer verständliche und sehr juristische Eingliederungsvereinbarung wird durch einen Kooperationsplan ersetzt, der zwischen Leistungsberechtigten und Jobcentern erarbeitet wird und der ohne juristische Fachbegriffe auskommt – ein „roter Faden“ im Eingliederungsprozess.

Im Rahmen einer Potentialanalyse wird geschaut, welche Stärken Arbeitsuchende mitbringen, um eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Neu ist auch die Einrichtung einer Schlichtungsstelle. Diese soll tätig werden, wenn sie von Arbeitsuchenden oder Jobcentern im Falle von Meinungsverschiedenheiten bei der Aufstellung oder Erneuerung des Kooperationsplans angerufen wird. Damit wird ermöglicht, dass Arbeitsuchende und Jobcenter vertrauensvoll und auf Augenhöhe miteinander sprechen können.

Begleitendes Coaching und aufsuchende Beratung werden zu Regelinstrumenten. Coaching bei Arbeitsaufnahme ist jetzt bis zu neun Monate möglich.

Der Regelsatz wird um mehr als 50 Euro erhöht und auch künftig zeitnäher an die Preisentwicklung angepasst, damit die Menschen ihren Bedarf decken können.

Weniger Bürokratie, mehr Zeit für Vermittlung

Mit dem Bürgergeld wird zudem überflüssige Bürokratie abgeschafft. Die Jobcenter werden von Rückforderungen und Kontrollen entlastet, stattdessen gibt es mehr Kapazitäten für Vermittlung und Betreuung. So wird beispielsweise zur Rechtsvereinfachung, die insbesondere die Verwaltung entlasten soll, eine sogenannte Bagatellgrenze für Rückforderungen eingeführt.

Regelbedarfe

Leistungsberechtigte	Erhöhung zum 01.01.2023	Neuer Regelsatz
Alleinstehende/Alleinerziehende	53 Euro	502 Euro
Paare je Partner/Bedarfsgemeinschaften	47 Euro	451 Euro
Volljährige in Einrichtungen (nach SGB XII)	42 Euro	402 Euro
Nicht-erwerbstätige Erwachsene unter 25 Jahre im Haushalt der Eltern	42 Euro	402 Euro
Jugendliche von 14 bis 17 Jahren	44 Euro	420 Euro
Kinder von 6 bis 13 Jahren	37 Euro	348 Euro
Kinder von 0 bis 5 Jahren	33 Euro	318 Euro



Diese Koalition steht für Veränderung

Fraktionschef *Rolf Mützenich* über ein Jahr Ampel und die Rolle von Olaf Scholz in der neuen Weltpolitik.

Nur wenige Monate nach der Wahl von Olaf Scholz zum Bundeskanzler begann der russische Präsident seinen brutalen, völkerrechtswidrigen Angriff auf die Ukraine. Der Umgang mit dieser Krise prägte die Arbeit der Ampel enorm, doch sie verlor die Pläne, die sie im Koalitionsvertrag vereinbart hat, keinesfalls aus den Augen, erklärt Rolf Mützenich im Interview. Dabei geholfen habe ein sozialer, starker Staat.

Fraktion intern: Am 8. Dezember 2021 ist Olaf Scholz mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und der FDP zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt worden. Wie hat sich unser Land seitdem verändert?

Rolf Mützenich: Es ist natürlich vor allem von außen verändert worden. Die militärische Aggression, die willentlich und wissentlich von Putin herbei geführt wurde, hat Deutschland und Europa massiv verändert. Aufgrund der neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen, aber auch, weil sich die Menschen aufgrund der Inflation und der möglichen Ausweitung des Krieges große Sorgen machen. Darauf hat die Bundesregierung zusammen mit den sie tragenden Parteien gut reagiert. Zudem ist am 8. Dezember eine Regierung gewählt worden, die für Veränderung steht. Insbesondere, weil wir mit Blick auf das Erreichen einer klimaneutralen Produktionsweise und unserer Verantwortung für das weltweite Klima große Veränderungen brauchen.

Fraktion intern: Auf dem Koalitionsvertrag steht ganz groß drauf: Mehr Fortschritt wagen. Wie viel Fortschritt konnte man unter diesen Bedingungen schon wagen?

Rolf Mützenich: Vor allem die Menschen, die Fortschritt als Antwort für ihre ökonomischen Herausforderungen brauchen, haben schon viel Fortschritt gesehen. Wir haben mit der Erhöhung des Mindestlohns mindestens sechs Millionen Menschen zusätzliche Kaufkraft gegeben, und die Zahl derjenigen massiv ausgeweitet, die Wohngeld zur Unterstützung in schwierigen Situationen nutzen können. Ab dem ersten Kind gibt es jetzt 250 Euro Kindergeld. Gleichzeitig besteht natürlich Fortschritt eben auch darin, was wir international dafür tun, dass der Krieg so schnell wie möglich endet.

Fraktion intern: Was war dein persönlich tollster Ampel-Moment?

Rolf Mützenich: Für mich ist es einfach ein Privileg, als Vorsitzender der Fraktion das ein oder andere vielleicht noch stärker gestalten zu können als andere Kolleg:innen. Es ist schon etwas, den Blumenstrauß am Wahltag in der Hand zu halten und dem vierten SPD-Bundeskanzler als erster zu gratulieren.

Fraktion intern: Auf was bist du besonders stolz?

Rolf Mützenich: Ich bin stolz darauf, dass die SPD-Fraktion in dieser Ko-

alition den Pfad dafür gelegt hat, in der existenziellen Herausforderung, in der wir uns befinden, den Weg des Zusammenhalts zu gehen. Auf unserer Fraktionsklausur in Dresden haben wir sehr deutlich darauf gedrungen, dass auch Studierende und Rentner:innen gezielt unterstützt werden müssen mit Einmalzahlungen. Wir haben auch dafür gesorgt, zum Beispiel mit dem Bürgergeld, dass soziale Rechte verankert werden. Und klar gestellt, dass der Markt nicht alleine die Probleme löst, sondern der Staat auch eingreifen muss. Ich erhoffe mir die endgültige Abkehr von etwas, dem ich schon immer skeptisch gegenüber gestanden habe: dem Markt fetischismus der vergangenen Jahrzehnte. Heute zeigt sich besonders deutlich, dass man einen starken, sozialen Staat braucht.

Fraktion intern: Der starke Staat kostet natürlich auch Geld. Allein die Hilfen angesichts der hohen Preise summieren sich auf 300 Milliarden Euro. Viele fragen sich: wer soll das alles bezahlen? Brauchen wir eine Vermögensabgabe?

Rolf Mützenich: Wir haben in den letzten Jahren gerade unter sozialdemokratischer Verantwortung, Olaf Scholz war ja Finanzminister, gut gearbeitet und Grundlagen gelegt, in denen trotz dieser hohen Verschuldung Deutschland immer noch eine große Bonität zugewiesen wird auf den Finanzmärkten. Da, wo wir dem Staat noch zusätzliche Mittel an die Hand geben müssen, werden wir uns das innerhalb der Koalition auch durchaus noch einmal vor Augen führen müssen. Wir wissen nicht, wo wir in drei oder sechs Monaten sein werden.

Fraktion intern: Hast du in der Ampel besondere Verbündete gefunden?

Rolf Mützenich: Wir haben von Anfang an als gleichberechtigte Partner in der Koalition gehandelt. Meine Aufgabe ist es, als Vorsitzender der stärksten Fraktion mit manchen Dingen auch ein bisschen weniger aufgeregt umzugehen und stärker ausgleichend zu wirken. Damit versuche ich, dieser Koalition Stabilität zu geben und damit auch dem SPD-Bundeskanzler.

Fraktion intern: Wie läuft die Zusammenarbeit mit den Koalitionspartnern? Würdest du dich da imstande sehen, eine Note zu vergeben?

Rolf Mützenich: Nein, in Notengebung bin ich ganz schlecht. Ich bin froh, zusammen mit Britta Haßelmann und Katharina Dröge von Bündnis90/Die Grünen und Christian Dürr von der FDP dem Parlament die notwendige Souveränität zu geben und somit auch der Regierung Verbesserungen anheim zu stellen

für Gesetzesarbeit. Und meine Aufgabe ist, dass der Kanzler in den Fragen, die für ihn wirklich wichtig sind, die Unterstützung und auch den Schutz bekommt, den er braucht.

Fraktion intern: Wie nimmst du die Rolle der Union als Opposition wahr? Beim Bürgergeld hat sie mit Fake News hantiert, beim Thema Zuwanderung schlägt sie auch populistische Töne an.

Rolf Mützenich: Die Opposition wird sich entscheiden müssen, ob



Es ist schon etwas, dem vierten SPD-Bundeskanzler als Erster zu gratulieren «



Diplomatie ist mehr als Verhandlungen «

sie Obstruktion macht oder ob sie in bestimmten Fragen, wo wir auch Gemeinsamkeiten definieren können, auch dabei hilft, gute Gesetzesentwürfe noch besser zu machen.

Fraktion intern: Wie geht es weiter mit der Ampel? Was muss 2023 schnell kommen?

Rolf Mützenich: Gerade haben wir Preisbremsen für Strom, Gas und

Wärme verabschiedet, die ab März rückwirkend zum 1. Januar wirken, eine enorme Hilfe für Bürger:innen und Unternehmen. Wir haben durchsetzen können, dass es zusätzlich Hilfen für das Heizen mit Öl, Pellets und anderen nicht leitungsgebundenen Energieträgern gibt - und dass es Anforderungen an Unternehmen gibt, die besonders hohe Zuschüsse erhalten: Sie unterliegen Beschränkungen bei der Auszah-

lung von Boni und Dividenden und müssen Arbeitsplätze erhalten. Ganz wichtig ist für 2023 die Frage, wie wir benachteiligte Gruppen, insbesondere Kinder, stärker fördern. Das ist der Auftrag dieser Koalition. Die Erhöhung des Kindergelds war da nur ein erster Schritt, die Familienministerin muss nun rasch eine starke Kindergrundsicherung schaffen, die wir ja auch im Koalitionsvertrag verankert haben.

Fraktion intern: Gibt es noch weitere ganz konkrete Gesetze, die im nächsten Jahr ganz schnell angepackt werden?

Rolf Mützenich: Wir müssen das Staatsbürgerschaftsrecht weiter entwickeln, auch, damit Deutschland attraktiver für ausländische Fachkräfte wird. Und wir müssen die Wende in der Verkehrspolitik hinbekommen. Das 49-Euro-Ticket ist ja nur ein Synonym dafür, dass wir einen Flickenteppich einebnen wollen und dem öffentlichen Personennahverkehr eine größere Substanz zubilligen wollen.

Fraktion intern: Die Zeitenwende hat das erste Ampeljahr ungemein geprägt. Welche Rolle hat deiner Einschätzung nach Olaf Scholz in dieser Situation für sich gefunden?

Rolf Mützenich: Ich glaube, eine ganz bedeutende, die überhaupt nicht unterschätzt werden darf. Er hat eine Doktrin vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges entwickelt, die ich intern sehr unterstützt und zu der ich ihm auch geraten habe. Ich würde schon von einer Scholz-Doktrin sprechen.

Fraktion intern: Was meinst du damit?

Rolf Mützenich: Olaf Scholz hat die Zeitenwende, die dieser Krieg für Europa, für das westliche Bündnis, für Deutschland bedeutet, erkannt, er sieht aber gleichzeitig, dass es Länder gibt, die diesen Krieg zwar ablehnen und ihn auch als verheerend für die Zivilbevölkerung empfinden, die aber daraus andere Schlussfolgerungen gezogen haben, die sich eben der Stimme in der

Generalversammlung der Vereinten Nationen enthalten haben, oder gar nicht mitgestimmt haben, diesen völkerrechtswidrigen Angriff zu verurteilen. Diese Länder versucht Olaf Scholz an unsere Seite zu bekommen und damit gleichzeitig mit darauf hinzuwirken, dass Diplomatie einen Wert hat.

Fraktion intern: Immer wieder versuchen Medien, dich an die Seite des russischen Präsidenten zu rücken, wenn du über den Wert von Diplomatie sprichst. Wie sehr nervt dich das?

Rolf Mützenich: Die reflexartige Kommentierung, wenn ich über den Begriff der Diplomatie rede, das gleichzusetzen mit Verhandlungen mit Putin, das ist schon etwas, was mir sehr unterkomplex vorkommt, weil Diplomatie ja mehr ist als Verhandlungen. Diese Emotionalisierung gerade auch von Außen- und Sicherheitspolitik hilft nicht weiter. Diplomatie bereitet ja erst die Grundlage für etwas, was später dann vielleicht Verhandlungen werden. Gerade Olaf Scholz denkt sehr stark auch in diplomatischen Kategorien, etwa bei der Vorbereitung von Entscheidungen. Das hat dazu beigetragen, dass Russland auf dem Gipfel der G20 unter der Präsidentschaft von Indonesien isoliert worden ist, auch von den Staaten, die in der Generalversammlung der Vereinten Nationen sich noch der Stimme enthalten hatten. Die Reise von Olaf Scholz nach Peking hat gewirkt, auch weil Präsident Xi und die Staats- und Regierungsführung der Volksrepublik China zu Recht vor dem Einsatz von Nuklearwaffen gewarnt haben, und das hat sich durchgetragen nach Bali.

Fraktion intern: Wie wird dieser Krieg enden?

Rolf Mützenich: Ich sehe heute nicht, dass der Krieg durch Sieg und Niederlage auf dem Schlachtfeld entschieden wird. Kriege fressen sich in der Regel fest, ohne dass die Zahl der Opfer dadurch geringer wird. Im Gegenteil, die Zivilbevölkerung wird noch unterschiedsloser in den Konflikt mit einbezogen. Und wenn sich dieser Krieg festfrisst, braucht man andere Momente, um zumindest zu einer Situation des Nicht-Krieges zu kommen. Das heißt ja nicht Frieden. Das heißt ja auch nicht unbedingt, dass aus einer Waffenruhe ein Waffenstillstand wird. Aber ich wünsche mir schon, dass man versucht, zu verlässlichen Verabredungen zu kommen, die, und sei es nur für einen Moment, der Zivilbevölkerung die Möglichkeit geben, besser versorgt zu werden, aus den Kriegsgebieten herauszukommen – oder aus denen heraus sich vielleicht auch neue Verhandlungsmomente ergeben.

Das Gespräch mit
Rolf Mützenich
als Podcast
hören Sie hier



Best of Ampel

Am 7. Dezember 2021 wurde der Koalitionsvertrag zwischen SPD, Grünen und FDP unterschrieben, am 8. Dezember hat der Bundestag Olaf Scholz zum Kanzler gewählt. Seitdem hat die Ampel-Koalition viel geleistet: Nach dem völkerrechtswidrigen Angriff Putins auf die Ukraine hat sie neue Antworten in der Außen- und Sicherheitspolitik formuliert, die Bürger:innen unterstützt angesichts explodierender Energiepreise und zudem noch wichtige Gesetze verabschiedet, die sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt bringen.

Hier unsere Highlights – und welche besonderen Ampel-Momente unsere Abgeordneten erlebt haben.

Die Krise im Griff

Preisbremsen für Gas, Strom und Wärme

Damit Energie bezahlbar bleibt, wurde ein starker Abwehrschirm in Höhe von 200 Milliarden Euro gespannt. Auf dieser Grundlage werden zum 1. März 2023 Preisbremsen für Strom, Gas und Wärme eingeführt – und zwar rückwirkend zum 1. Januar. Im Dezember übernimmt der Bund in einem ersten Schritt die für Dezember fälligen Abschlagszahlungen für Gas und Fernwärme für private Haushalte sowie für kleine und mittlere Unternehmen.

Entlastungen für Bürger:innen

Mit Direktzahlungen, steuerlichen Erleichterungen und Zuschüssen im Wert von fast 100 Milliarden Euro hilft die Ampel Bürger:innen dabei, die steigenden Kosten zu bewältigen. Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen, Familien mit Kindern, und Rentner:innen stehen dabei im Fokus.

Unabhängig werden von Putins Gas

Mit dem Bau von Flüssiggas-Terminals, neuen Energiepartnerschaften und dem massiven Ausbau der Erneuerbaren wird die Energiesicherheit gewährleistet.



ELISABETH KAISER

»Ganz besonders war für mich als Haushälterin der Moment, als wir uns auf den 200 Milliarden Euro schweren Abwehrschirm gegen hohe Energiepreise verständigen konnten. Das bedeutet, dass wir Menschen konkret und massiv entlasten können.«



ARMAND ZORN

»Als der Krieg in der Ukraine losging, ist es uns als Ampelkoalition gelungen, sehr schnell zusammenzukommen, alle unsere Differenzen zu überwinden und gemeinsam Verantwortung für das Land zu übernehmen.«

Sondervermögen Bundeswehr

Mit einem Sondervermögen über 100 Milliarden Euro soll die Bundeswehr so ausgestattet werden, dass sie ihren Kernauftrag – die Landes- und Bündnisverteidigung – auch im Lichte der neuen Bedrohungslage voll erfüllen kann.

Zusammenhalt stärken

Kinder und Familien fördern

Das Kindergeld wurde deutlich angehoben auf monatlich 250 Euro pro Kind. Der Kinderzuschlag für Familien mit kleinen Einkommen wird pro Kind jährlich bei bis zu 3.000 Euro liegen. Für eine bessere Qualität der Kinderbetreuung unterstützt der Bund die Länder in den nächsten beiden Jahren mit vier Milliarden Euro. Zudem profitieren Familien besonders von der Beseitigung der Folgen der kalten Progression bei der Einkommensteuer.

12 Euro Mindestlohn

Der gesetzliche Mindestlohn wurde auf 12 Euro erhöht. Davon profitieren mehr als sechs Millionen Bürger:innen, insbesondere Ostdeutsche, Frauen und Beschäftigte im Niedriglohnsektor.

Bürgergeld

Das neue Bürgergeld löst Harz IV ab und bringt den Systemwechsel: mehr Sicherheit, mehr Respekt, und vor allem bessere Vermittlung – in gute Arbeit statt in Hilfsjobs.

Neues Bafög

Bafög-Empfänger:innen bekommen ab dem Wintersemester fast sechs Prozent mehr Geld, zudem haben noch mehr Studierende Anspruch auf die Förderung bekommen.



ANNIKA KLOSE

»Als wir zusammen das Bürgergeld verhandelt haben, war das für mich ein ganz besonderer Moment. Wenn mir das jemand vor ein paar Jahren erzählt hätte, dass wir das mal mit der FDP zusammen verhandeln und dann auch beschließen würden, ich hätte der Person nicht geglaubt.«

Mehr Wohngeld

Damit im Winter niemand in der kalten Wohnung sitzt, wird das Wohngeld verdoppelt – und der Kreis der Berechtigten verdreifacht. Statt 600.000 profitieren künftig zwei Millionen Haushalte.

Höhere Renten

21 Millionen Rentner:innen erhielten eine deutliche Rentenerhöhung. Drei Millionen Beziehende von Erwerbsminderungsrenten bekommen langfristig mehr Geld.

Gute Gesundheitsversorgung

Die Ampel-Koalition sorgt für eine bessere Versorgung der Patient:innen in den Krankenhäusern. Gleichzeitig wird die Arbeitssituation der Pflegekräfte im Krankenhaus verbessert. Dazu wurden verbindliche Vorgaben zur Personalbesetzung festgelegt.

Bessere Kitas

Für eine bessere Qualität der Kinderbetreuung unterstützt der Bund die Länder in den nächsten beiden Jahren mit vier Milliarden Euro.



KATJA MAST

»Besonders wichtig ist mir, dass wir das hinbekommen haben, was wir uns als SPD-Fraktion vorgenommen haben: Dass wir den Mindestlohn erhöht, das Bürgergeld eingeführt und massiv die erneuerbaren Energien ausgebaut haben – und gleichzeitig dieses Land durch die Krise steuern.«



KEVIN KÜHNERT

»Mein Ampel-Moment war eine Debatte über deutliche Verbesserungen beim Bafög. Am Rednerpult stand die FDP-Abgeordnete Ria Schröder und sprach mich an und sagte ‚Weißt du noch, als wir damals – ich als Juli-Vorsitzende und du als Juso-Vorsitzender – darum gekämpft haben, dass es passiert? Jetzt kommt’s.‘ Und das war schon ein richtig guter Moment.«



CANSEL KIZILTEPE

»Mein besonderer Moment war der Beschluss des Sanktions-Durchsetzungs-Gesetzes. Damit werden wir mehr Transparenz auf dem Immobilienmarkt schaffen, weil wir wissen, wer hinter den Immobilien als Eigentümer steckt. Wir können Vermögensstrukturen besser durchleuchten. Das kann auch gegen Geldwäsche helfen.«

Bezahlbare Mieten

Die Bundesregierung hat das Ziel, dass 400.000 neue Wohnungen pro Jahr gebaut werden. Für den Bau von 100.000 neuen Wohnungen pro Jahr im sozialen Wohnungsbau wurde die Förderung auf die Rekordsumme von 14,5 Milliarden Euro bis 2026 erhöht. Der CO₂-Preis, der seit 2021 beim Heizen mit Öl oder Erdgas anfällt, wird künftig nicht nur von den Mieter:innen getragen, sondern auch die Vermieter:innen werden nun stärker daran beteiligt.

Die Zukunft gestalten

Massiver Ausbau der Erneuerbaren

Der Ausbau erneuerbarer Energien wie Wind- und Sonnenenergie wird massiv beschleunigt. Ihr Anteil am Bruttostromverbrauch wird innerhalb von weniger als einem Jahrzehnt fast verdoppelt, die Geschwindigkeit beim Ausbau verdreifacht. Das bringt neue Investitionen, sichert Arbeitsplätze und schützt unser Klima.

VERENA HUBERTZ

»Mein besonderer Moment war, dass ich das CETA-Handelsabkommen zwischen Europa und Kanada für die Ampel verhandeln durfte. Zehn Tage haben wir gerungen. Wir haben den Durchbruch geschafft und das war etwas sehr Besonderes. Es gehört zu einer neuen Generation von Handelsverträgen, die auch Nachhaltigkeit und soziale Rechte im Blick haben.«



Geld für Klimaschutz

Mit dem Klima- und Transformationsfonds stellt die Ampel für den Klimaschutz und eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung von 2023 bis 2026 insgesamt rund 177,5 Milliarden Euro zur Verfügung.

Verkehrswende einleiten

Das im Sommer befristet eingeführte „Neun-Euro-Ticket“ war ein großer Erfolg. Die Bundesregierung und die Länder haben sich deswegen darauf verständigt, ein „Deutschlandticket“ für 49 Euro einzuführen.

Mehr Elektromobilität

Mit einer Million öffentlich zugänglicher Ladepunkte soll Deutschland zum globalen Leitmarkt für Elektro-Mobilität werden.

Digitalstrategie

Bis 2030 soll die flächendeckende Versorgung mit Glasfaseranschlüssen sichergestellt sein. Zudem sollen digitale Verwaltungsleistungen für einen modernen und inklusiven Staat aufgebaut werden.

Streichung Paragraf 219 a

Durch die Änderung im Strafgesetzbuch können Ärzt:innen jetzt umfassend über Schwangerschaftsabbrüche informieren, ohne eine Strafverfolgung befürchten zu müssen. Das ist gesellschaftlicher Fortschritt und stärkt das Selbstbestimmungsrecht der Frauen.

Modernes Aufenthaltsrecht

Gut integrierte Geduldete bekommen die Chance auf einen dauerhaften Aufenthalt. Damit wird Deutschland auch attraktiver für dringend benötigte Fachkräfte. Die vom Kabinett beschlossene neue Fachkräftestrategie zielt darauf ab, noch mehr Fachkräfte im In- und Ausland zu gewinnen.



CARMEN WEGGE

»Ich habe die Streichung des Paragrafen 219a Strafgesetzbuch für die SPD-Fraktion verhandelt. Als wir zur Zustimmung alle aufgestanden sind zur dritten Lesung, war das einer der schönsten Momente, den ich mir vorstellen konnte. Das war eine große Ehre, diese jahrelange Forderung endlich umzusetzen.«

Hier finden Sie
die gesamte Bilanz
der SPD-Fraktion



Energie muss bezahlbar bleiben

Damit alle gut durch den Winter kommen, werden Preisbremsen für Strom, Gas und Wärme eingeführt. Auch für andere Heizarten gibt es Hilfen. Die wichtigsten Fragen und Antworten.

Die Ampel-Koalition tut alles dafür, dass Energie bezahlbar bleibt und alle gut durch den Winter kommen. Dafür wurde ein starker Abwehrschirm in Höhe von 200 Milliarden Euro gespannt, auf dessen Grundlage Preisbremsen für Strom, Gas und Wärme zum 1. März 2023 eingeführt werden. Sie werden rückwirkend zum 1. Januar ausgezahlt. Hilfen gibt es auch für jene, die etwa mit Pellets oder Öl heizen.

Wie funktionieren die Preisbremsen?

Über die Preisbremsen für Gas und Strom ab 2023 erhalten Verbraucher jeden Monat einen festen Rabatt. Er gilt für alle Privatleute und Unternehmen. Industrielle Großverbraucher, die besonders hohe Zuschüsse erhalten, müssen im Gegenzug Arbeitsplätze erhalten und auf Boni- und Dividendenzahlungen verzichten.

Beim Gas reduziert der Rabatt den neuen, hohen Marktpreis auf einen fixen Deckel von 12 Cent pro Kilowattstunde. Dieser Rabatt gilt für 80 Prozent (70 Prozent bei Großverbrauchern) des bisherigen Energieverbrauchs.

Der Rabatt wird gleichmäßig auf zwölf Monate verteilt und mit dem Abschlag verrechnet.

Beim Strom berechnet sich der Rabatt in gleicher Weise. Lediglich der fixe Deckel liegt hier bei 40 Cent pro Kilowattstunde (bei Großverbrauchern etwas niedriger, dafür aber nur für 70 Prozent des Verbrauchs).

Auf welcher Basis werden die Rabatte errechnet?

Maßgeblich für die Berechnung der Rabatte bei Gas und Strom ist der Verbrauch des vergangenen Jahres. Er wird auf Basis der letzten bis September 2022 vorliegenden Jahresabschlussrechnung bzw. der letzten Verbrauchsmessung ermittelt.

Lohnt es sich noch, Energie zu sparen?

Ja – denn für jede eingesparte Kilowattstunde Gas oder Strom muss der Energieversorger den hohen neuen Gaspreis erstatten. Wer im Jahr 2023 weniger verbraucht, erhält also einen hohen Rabatt. So kann die Gas- oder Stromrechnung noch einmal deutlich gedrückt werden.

Wie erhalte ich den Rabatt?

Bei direkten Verträgen mit dem Versorger wird der Rabatt mit der monatlichen Abschlagszahlung verrechnet. Erfolgt die Abrechnung der Heizkosten über den Vermieter, ist die Lage anders. Vermieter, die in 2022 die Vorauszahlung der Mieter um mindestens zehn Prozent erhöht haben, müssen den Rabatt ab dem 1. März 2023 an die Mieter:innen weitergeben und mit der monatlichen Vorauszahlung verrechnen. Wenn die Erhöhung unter zehn Prozent liegt, wird der Rabatt durch die Gaspreisbremse mit der Nebenkostenabrechnung verrechnet.

Wenn zusätzlich Energie eingespart wird im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, erhalten Verbraucher:innen am Ende des Abrechnungszeitraums mit der Jahresabrechnung eine Gutschrift.

Was, wenn ich trotz der Preisbremsen die Rechnung nicht zahlen kann?

Es wird auch Hilfen für Härtefälle geben für Haushalte, Unternehmen und Einrichtungen, für die die Gas- und Strompreisbremsen keine ausreichende Entlastung geben.

Was ist, wenn ich mit Öl oder Pellets heize?

Wer mit Heizöl, Pellets oder anderen Energieträgern heizt, die nicht durch Leitungen fließen, bekommt ebenfalls Unterstützung. Dafür wird vom Bund ein 1,8-Milliarden-Euro-Fonds bereitgestellt.

Für 80 Prozent des Verbrauchs können die Preissteigerungen, die das Zweifache des durchschnittlichen Preises

von 2022 übersteigen, erstattet werden. Wer im vergangenen Jahr beispielsweise eine Rechnung von rund 1.000 Euro für Heizöl hatte und in diesem Jahr rund 3.000 bezahlen musste, kann über die Bundesländer ca. 800 Euro erstattet bekommen. Maximal beträgt die Erstattungssumme 2000 Euro. Die Auszahlung wird über die Bundesländer organisiert.

Wie werden die Preisbremsen finanziert?

Aus den 200 Milliarden Euro aus dem Abwehrschirm und über Steuereinnahmen. Konzerne, die hauptsächlich im Erdöl-, Erdgas-, Kohle- und Raffineriebereich tätig sind, sollen in diesem und im kommenden Jahr ihre Übergewinne versteuern. Zudem werden Zufallsgewinne von stromerzeugenden Unternehmen abgeschöpft. Die Ampel sorgt also für eine gerechte Finanzierung.

Die Unterstützungen sind zudem steuerpflichtig. Top-Verdiener werden einen Teil der Hilfen zurückzahlen müssen.

Beispielrechnung für die Gaspreisbremse

Gaspreis neu: 22 Ct/kWh – Gaspreis alt: 8 Ct/kWh

Gaspreisdeckel: 12 Ct/kWh für 80 Prozent des Vorjahresverbrauchs

Vorjahresverbrauch: 15.000 kWh

Verbrauch	Kosten Jahr	Mehr-/Minder-Kosten	Effektiver Preis (Ct/kWh)
Vorjahr: 15.000 kWh	1.200 Euro	-	8,0
Unverändert ohne GPB	3.300 Euro	2.100 Euro	22,0
Unverändert mit GPB	2.100 Euro	900 Euro	14,0
25% Reduktion	1.275 Euro	75 Euro	8,5
50% Reduktion	450 Euro	-750 Euro	3,0

Darstellung der Gesamtkosten pro Jahr sowie der Durchschnittskosten (effektiver Preis in Ct/kWh) bei einer Steigerung des Gaspreises von bisher 8 Ct/kWh auf nunmehr 22 Ct/kWh. Schon bei einer Verringerung des Gas-Verbrauchs um 25 Prozent können die Kosten erheblich reduziert werden.

BILANZ 2021 – 2022



Die SPD-Fraktion hat eine Zwischenbilanz ihrer politischen Arbeit in dieser Wahlperiode veröffentlicht.

Download und kostenlose Bestellung unter:

www.spdfraktion.de/veroeffentlichungen



-  www.spdfraktion.de/facebook
-  www.spdfraktion.de/twitter
-  www.spdfraktion.de/instagram
-  www.spdfraktion.de/tiktok
-  www.spdfraktion.de/youtube